

pax zeit

1_2021



Weltbürger*innen



pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung

© Foto: Martin Pilgram



Die pax_zeit stellt ab dieser Ausgabe die pax christi-Kommissionen in einem neuen Format vor. Den Anfang macht die „Kommission Solidarität mit Zentralafrika“ auf Seite 22.



Mit unerschütterlicher Kraft gegen die Gewalt

Alvera T. ist das erste Gesicht der neuen Kampagne „Mit Menschen.“ von MISEREOR, die aktuell in vielen Städten auf Großplakaten zu sehen ist. Nach der Flucht vor dem Terror fand Alvera T. im Libanon Schutz und Halt. Genau das gibt sie heute an geflüchtete Kinder weiter. Die 23-Jährige kam vor fünf Jahren selbst als Flüchtling aus dem Irak nach Beirut. Heute, als Sozialarbeiterin bei Pontifical Mission, einer MISEREOR-Partnerorganisation im Libanon, kann sie weitergeben, was sie als Jugendliche selbst erfahren hat: Schutz und neuen Halt.



Mehr zu der Aktion auf www.misereor.de

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e.V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg Titelfoto pax christi Flandern Gesamtherstellung Eva Begemann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser*innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser*innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e.V., Feldstr. 4, 13355 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert) Redaktionsschluss für die Ausgabe 02_2021: 02.04.2021

Editorial

Weltbürger*in zu sein – das ist ein großartiger Gedanke, den Gertrud Casel uns im geistlichen Impuls nahebringt. Hören Sie da auch gleich im Hinterkopf „John Lennons „Imagine“? Genau, „nothing to kill or die for“ – nichts wofür es sich zu töten oder zu sterben lohnen würde. Die Abwehr gegenüber Visionen ist längst mit Helmut Schmidt davongegangen. Visionär zu denken und die Welt neu zu denken ist gerade in dieser Pandemie-Zeit das Gebot der Stunde.

Der Vision von der Welt ohne Atomwaffen sind wir am 22. Januar 2021 ein Stück nähergekommen – mehr dazu auf den folgenden Seiten.

Die Vision, die Papst Franziskus über eine Welt hat, die anders wirtschaftet und als eine Menschheitsfamilie lebt, ist Hintergrund für die Ansprüche, die der pax christi-Bundesvorstand an ein neues Hirtenwort zum Frieden formuliert und an die in der Deutschen Bischofskonferenz dafür Verantwortlichen gerichtet hat; zu lesen in diesem Heft ab Seite 18. Thomas Nauerth geht der Vision nach, die Franziskus in der Enzyklika „Fratelli Tutti“ darlegt. Aus Nauerths Sicht ist das „Sicherheit neu denken“ katholisch gedacht.

Visionär sind auch die pax christi-Diözesanverbände und Kommissionen. Auch dafür liefert diese pax_zeit Beispiele. Was wir zur Veränderung der Welt angesichts der Klimakatastrophe beitragen können, beschäftigt Rebecca Burkert und Michael Schonnebeck mit zwei ganz unterschiedlichen Gedanken. Lesen Sie selbst!

Inspirierende Lesestunden wünscht

Christine Hoffmann

Einladung zur Delegiertenversammlung

Am Samstag, den 27. März findet von 10 – 17 Uhr eine außerordentliche Delegiertenversammlung statt. Diese Versammlung wird digital ausgerichtet. Der Bundesvorsitzende Norbert Richter wird verabschiedet und das Mitglied des gf. Bundesvorstandes Gerold König aus Langerwehe stellt sich für das Amt zur Wahl. Auch werden wichtige Diskussionen fortgesetzt oder begonnen.



Anmeldungen unter c.dichtl@paxchristi.de

Inhalt

Atomwaffen

4 Ein Meilenstein für die nukleare Abrüstung ist erreicht!

Geflüchtete

6 Kein Weihnachten in Moria

Interview mit Stefanie Wahl

Sicherheit neu denken

8 Sicherheit neu denken

Thomas Nauerth

Klima

10 Friede unseren Hütten, Krieg den anderen Palästen

Michael Schonnebeck

12 Ernährung und Klimaschutz

Rebecca Burkert

PCI-Sektionen

14 Menschenwürde als Schlüsselfaktor für Frieden und Gerechtigkeit

Annemarie Gielen

Kindersoldat*innen

16 Verlorene Generation verhindern

Thomas Berthold

Gerechter Friede

18 Gerechter Friede neu denken

pax christi Bundesvorstand

Diözesanverbände im Profil

21 Friedensarbeit: Konkret beginnen im hier und jetzt

Kommissionen im Profil

22 Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“

Maria Buchwitz

Glaube Perspektive

23 Global Citizenship oder Menschheitsfamilie

Gertrud Casel



© Foto: pax christi Flandern

Das Titelbild zeigt eine Weltbürgerin aus einem Nachbarland: Annemarie Gielen ist seit 2012 Generalsekretärin der pax christi-Sektion in Flandern. Dieses ist ihr letztes Jahr in dieser Rolle. Deshalb ist die Titelseite auch von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön und ein großes Kompliment für ihre großartige und vielseitige Arbeit.

Flandern gehört zu den sechs großen Sektionen weltweit. Wie pax christi Flandern das geschafft hat und vor welchen neuen Herausforderungen diese Sektion heute steht, erfahren Sie ab Seite 14.

Ein Meilenstein für die nukleare Abrüstung ist erreicht!

Der Atomwaffenverbotsvertrag trat am 22. Januar 2021 in Kraft

Viele pax christi-Gruppen haben durch Aktionen darauf hingewiesen. Die pax_zeit dokumentiert Positionen zu diesem wichtigen Ereignis.

Doktrin nuklearer Abschreckung überdenken

Gemeinsame Erklärung zum Inkrafttreten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen von Bischof Dr. Peter Kohlgraf (pax christi-Präsident in Deutschland) und Bischof Dr. Heiner Wilmer (Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax)

„Am 22. Januar 2021 tritt der Vertrag der UNO über das Verbot von Kernwaffen in Kraft. Als Bischöfe, die sich in unterschiedlichen Positionen in besonderer Weise dem Einsatz für Frieden in der Welt verpflichtet sehen, begrüßen wir diese Entwicklung ausdrücklich.“

All jene Staaten, die den Vertrag nicht nur unterzeichnet, sondern auch ratifiziert haben, geben uns ein leuchtendes Beispiel dafür, dass wir uns niemals mit vermeintlich unverrückbaren Gegebenheiten abfinden sollten. Die sogenannte nukleare Abschreckung, die seit über 60 Jahren eine vermeintliche Sicherheit suggeriert, baut auf dem unvorstellbaren Vernichtungspotential von Nuklearwaffen auf. Wie wir schon oft betont haben, stellt zwar jede militärische Konflikteskalation in gewisser Weise eine Niederlage des menschlichen Miteinanders dar, doch kein Konfliktgeschehen kann in unseren Augen jemals den Einsatz von Kernwaffen legitimieren. Ausdrücklich unterstreichen wir daher die Botschaft von Papst Franziskus, dass nicht nur der Einsatz, sondern bereits der Besitz solcher Waffensysteme unethisch ist.

Wir rufen daher alle Staaten, die den Vertrag noch nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben, insbesondere die Atom-mächte dazu auf, dem Vertrag beizutreten und die Doktrin der nuklearen Abschreckung zu überdenken.

Der gerechte Friede erwächst nicht aus der Furcht vor der totalen Zerstörung, sondern aus den Samen des Dialogs und des Miteinanders.“

Deutschland ist leider noch nicht dabei. Die IALANA fordert das zu ändern.

Die deutsche Sektion der IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms), richtete einen Appell an Bundeskanzlerin Merkel, die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages für die sie einen breiten Kreis von 319 Erstunterzeichner*innen warb. Zu diesen gehören auch die pax christi-Bundesvorsitzende Stefanie Wahl und der Geistliche Beirat Horst-Peter Rauguth. Die Adressat*innen werden aufgefordert:

- „Unterzeichnen und ratifizieren Sie den Atomwaffenverbotsvertrag!
- Stoppen Sie die Stationierung der neuen US-amerikanischen B 61-12 Atombomben auf dem Fliegerhorst der Bundesluftwaffe in Büchel und die damit verbundene neue gefährliche atomare Aufrüstung auf deutschem Boden!
- Unterlassen Sie die geplante Anschaffung von 45 US-amerikanischen F 18 Jagdflugzeugen als Kernwaffenträger für das taktische Luftwaffengeschwader 33 der Bundeswehr!“





© Foto: Uwe Hilsch

Diese starke Aktion am 22. Januar 2021 vor dem Kanzleramt in Berlin organisierte ICAN

Erklärung Verantwortlicher in der katholischen Kirche zur Begrüßung des neuen UN-Vertrags zum Verbot von Atomwaffen

Diese gab Pax Christi International heraus. Über hundert Personen und Institutionen unterzeichneten, darunter auch Bischof Peter Kohlgraf und die deutsche pax christi-Sektion. Hier Auszüge daraus:

„Unabhängig davon, woher wir kommen, schließen wir uns der Aufforderung an die Regierungen an, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen und zu ratifizieren.“

„Wir laden andere kirchenleitende Persönlichkeiten ein, darüber zu diskutieren und zu überlegen, welche bedeutende Rolle die Kirche beim Aufbau von Unterstützung für diese neue internationale Norm gegen Atomwaffen spielen kann. Es ist besonders wichtig, dass nationale und regionale Bischofskonferenzen sowie katholische Institutionen und Stiftungen überprüfen, ob kirchliche Gelder in Unternehmen und Banken investiert sind, die an der Produktion von Atomwaffen beteiligt sind. Wenn dies der Fall ist, dann sollten Abhilfemaßnahmen ergriffen werden, indem bestehende Finanzierungsbeziehungen beendet werden und nach Wegen für Desinvestitionen gesucht wird.“

Wir glauben, dass Gottes Gabe des Friedens am Werk ist, um Krieg zu verhindern und Gewalt zu überwinden. Daher beglückwünschen wir an diesem historischen Tag die Mitglieder der katholischen Kirche, die seit Jahrzehnten an der Spitze von Basisbewegungen gegen Atomwaffen stehen, und die katholischen Friedensbewegungen, die Teil der mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) sind.“

Zum rechtlichen Verhältnis zwischen Atomwaffenverbotsvertrag und Nichtverbreitungsvertrag

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages veröffentlichte einige Klarstellungen. Hier Auszüge aus dem Resümee:

„Das Verhältnis zwischen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) und Nichtverbreitungsvertrag (NPT) ist ganz offensichtlich besser als sein Ruf. Während vor allem durch AVV-kritische Staatenvertreter sowie durch regierungsnahen Think Tanks und Abrüstungsexperten Zweifel an der rechtlichen Vereinbarkeit von AVV und NVV geäußert und genährt werden, kommt doch der ganz überwiegende Teil der Völkerrechtsliteratur – darunter ausgewiesene Experten aus dem Bereich des internationalen Disarmament Law von Universitäten und Forschungsinstituten, aber vor allem auch Teilnehmer (Diplomaten und academics) an der UN Diplomatic Conference, die den AVV ausgehandelt hat – zu dem Ergebnis, dass beide Verträge weniger in einem rechtlichen Konkurrenz-, als in einem Komplementärverhältnis zueinander stehen.“

„Das bedeutet konkret: Der AVV steht juristisch nicht in Widerspruch zum NVV.“ „Der AVV unterminiert den NVV nicht, sondern ist Bestandteil einer gemeinsamen nuklearen Abrüstungsarchitektur.“

„Bestehende Verpflichtungen der Staaten aus dem NVV werden durch eine Mitgliedschaft im AVV weder aufgehoben noch relativiert.“ Dies räumt selbst die NATO in ihrer jüngsten Stellungnahme zum AVV ein: „The ban treaty will not change the legal obligations of our countries with respect to nuclear weapons.“

Kein Weihnachten in Moria

pax christi ist in sehr kurzer Zeit beeindruckend kampagnenfähig

Stefanie Wahl im Gespräch



Von September bis Dezember 2020 hat pax christi eine Kampagne realisiert, die viel Unterstützung gefunden hat. Wie kam die Kampagne zustande?

Stefanie Wahl: Es gab verschiedene Impulse, die zur Entstehung der Kampagne geführt haben. Nach meiner Reise nach Lesbos und dem Besuch des Lagers Moria im September 2019 war für mich klar: Es ist Unrecht, dass Geflüchtete in den Hotspots in der EU menschenunwürdig untergebracht und behandelt werden. Die Elendslager an den EU-Außengrenzen sind politisch gewollt und verstoßen gegen Menschenrechte.

Wir müssen als pax christi etwas dagegen tun!

Stefanie Wahl: Schon im Frühjahr 2020 hatte die Corona-Pandemie die Situation der Menschen in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln weiter verschärft. In der pax christi-AG Migration haben wir erste Überlegungen angestellt, was pax christi tun kann. Entscheidend war dann

aber ein Telefonat mit Thomas Meinhardt im Juni 2020. Er berichtete von seinem Interview mit Jean Ziegler über Moria und die menschenrechtliche Lage an den EU-Außengrenzen. Er war berührt von Zieglers Schilderungen und sah ebenfalls dringenden Handlungsbedarf. Gemeinsam entstand die Idee zu einer Kampagne und nach einem ersten Treffen im Juli stand der Titel fest: „Kein Weihnachten in Moria“. Der Regionalverband Rhein-Main und der Bundesvorstand konnten sich schnell auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen und mit einer kleinen Steuerungsgruppe wurde die Kampagne dann im Sommer vorbereitet und konnte am 1. September 2020 starten.

Welches Ziel hatte die Kampagne?

Stefanie Wahl: Unser Ziel war es, den Geflüchteten in den Hotspots auf den griechischen Inseln in ihrer Not zu helfen. Da die Missstände in den Lagern politisch gewollt sind, war Hilfe vor Ort für uns keine Option, sondern stattdessen forderten wir mit der Kampagne die sofortige Evakuierung der Lager und

die Aufnahme der Geflüchteten in Deutschland. In Briefen und Gesprächen wurden Bundesabgeordnete aller Fraktionen (mit Ausnahme der AfD) aufgefordert politisch zu handeln und einen fraktionsübergreifenden Antrag zu initiieren, der die sofortige Aufnahme der Geflüchteten aus humanitären Gründen ermöglicht. Darüber hinaus sollte die Kampagne Öffentlichkeit für die Situation der Geflüchteten herstellen und möglichst viele Menschen für ihre Lage sensibilisieren.

Was ist gelungen? Was hat dazu beigetragen, dass es gelungen ist?

Stefanie Wahl: Es ist uns gelungen über 50 Organisationen zu motivieren bei der Kampagne mitzumachen und auch Träger*innen zu werden. Bischöfe, Ordensgemeinschaften, katholische Verbände, Diözesan- und Katholikenräte, zahlreiche Pfarrgemeinden unterstützen tatkräftig die Kampagne. Innerhalb von pax christi sind sehr viele Mitglieder, Gruppen und Diözesanverbände aktiv eingestiegen. Der Erfolg zeigt sich unter anderem in den zahlreichen Briefen an Bundestagsabgeordnete, in Lobbygesprächen und Veranstaltungen, die im letzten halben Jahr stattgefunden haben. Auch der bundesweite Aktionstag im Dezember war ein großer Erfolg. Das alles war nur mit viel Unterstützung und der Beteiligung der verschiedenen Gruppen möglich. Zwar haben wir das Ziel, mit einem Bundestagsbeschluss die Aufnahme der Geflüchteten von den griechischen Inseln vor Weihnachten zu ermöglichen, nicht erreicht. Dennoch sind wir diesem Ziel einen Schritt nähergekommen. Im Rahmen unserer Lobbyarbeit, den zahlreichen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten, ist es gelungen einen Appell mit zu initiieren, der kurz vor Weihnachten von über 240 Bundestagsabgeordneten unterzeichnet und an die Bundesregierung übergeben wurde. Der Appell setzt sich im Sinne unserer Kampagne für eine Beschleunigung der Aufnahme Geflüchteter in Deutschland ein.

Gibt es schon Pläne am Thema weiterzuarbeiten?

Stefanie Wahl: Ende Januar haben wir den bisherigen Verlauf der Kampagne gemeinsam mit den anderen Mitträgerorganisationen ausgewertet und Bilanz gezogen. Die Erfolge der Kampagne und die wachsende Anzahl von

Wir dachten, Moria sei der Tiefpunkt. Es schien uns unfassbar, dass Menschen, die Schutz suchen, in Europa so behandelt werden. Aber das neue Lager auf Lesbos ist tatsächlich noch viel schlimmer. Die Nothelfer*innen vor Ort schlagen Alarm: kein fließendes Wasser, kaum Toiletten, verdorbene Nahrung, keine Krankenversorgung. Was bleibt, ist ein perspektivloses, zutiefst deprimierendes Ausharren unter feuchten Plastikplanen, und das im Winter! Mehr als die Hälfte sind Kinder ... Wären es Tiere, ginge ein Aufschrei durch unser Land!
Thomas Meinhardt

Weihnachtsappell für eine humanitäre Aufnahme Geflüchteter von den griechischen Inseln

„Die begrüßenswerten Aufnahmen der Bundesregierung reichen noch nicht aus. Deswegen fordern wir als Abgeordnete des Deutschen Bundestages die Bundesregierung auf, sich für die Einhaltung menschen- und europarechtlicher Standards einzusetzen, die Aufnahme Geflüchteter von den griechischen Inseln in Deutschland zu beschleunigen und die Zusagen angesichts der Aufnahmebereitschaft in Bundesländern, Städten und Gemeinden zu erhöhen.“

Die unterzeichnenden stellen folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- 1) Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene verstärkt für eine europäische Lösung einsetzen, die menschen- und europarechtlichen Standards entspricht.
- 2) Der Bundesinnenminister muss gemeinsam mit aufnahmebereiten Ländern und Kommunen einen konstruktiven Weg für die zukünftige Aufnahme von Geflüchteten anstoßen und vorantreiben - auch über das bereits zugesagte Kontingent hinaus.
- 3) Die Bundesregierung muss – gerade in dieser Jahreszeit – die verstärkte Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland beschleunigen und sich gegenüber weiteren EU-Mitgliedsstaaten dafür einsetzen, dass sie Schutzsuchende freiwillig aufnehmen.

Der Appell wurde initiiert von Luise Amtsberg (B90/Die Grünen), Ulla Jelpke (Die Linke), Gyde Jensen (FDP), Ulli Nissen (SPD), Matthias Zimmer (CDU). Weitere 240 Bundestagsabgeordnete unterzeichneten den Appell.

Mitträgerorganisationen sprechen für eine Fortsetzung der Kampagne bis zur Bundestagswahl. Außerdem macht die politische Lage nach der Zuspitzung der Situation für die Geflüchteten entlang der EU-Außengrenzen wie in Bosnien oder im Mittelmeer auch weiter unser politisches Engagement und solidarisches Handeln notwendig. Wir wollen den Bundestagswahlkampf nutzen, um die Parteien und ihre Kandidat*innen im ganzen Land mit unseren Kernforderungen zu konfrontieren: Aufnahme der Geflüchteten aus den Lagern an den EU-Außengrenzen (aus Moria, Lipa, etc.) und ein grundsätzlicher Politikwechsel in der Asyl- und Migrationspolitik. Dazu braucht es endlich humane, menschenrechtskonforme Ansätze und eine Abkehr von der Politik der Abschottung und Migrationsabwehr.

Stefanie Wahl ist pax christi-Bundesvorsitzende. Die Fragen stellte pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann.

Sicherheit neu denken

Ein Vorschlag „Fratelli Tutti“ neu zu lesen

Thomas Nauerth

Der Mensch ist ein vergessliches Wesen. Es braucht an einem Ereignis, einem Text etc. schon etwas Besonderes, um in Erinnerung zu bleiben. Manchmal ist es ein überraschender Gedanke, der verblüfft und sich festsetzt. Der Initiative „Sicherheit neu denken“ scheint dies gelungen zu sein. Weniger wohl durch die Brillanz von Titel und Text ihres „Szenarios“, sondern durch ihre verblüffend einfache Grundidee: Warum sollte man das Militär nicht in einem gestuften Prozess gänzlich abschaffen können? Plötzlich ist da eine Perspektive, die neu ermutigt und herausfordert.

Das Thema Sicherheit hat bekanntlich seit Beginn der weltweiten Pandemie neue Relevanz und eine ganz andere inhaltliche Füllung bekommen. Plötzlich wird erkennbar, welch fossile Lösung Militär eigentlich ist – und dieses anachronistische militärische Monster frisst die Ressourcen, die wir weltweit jetzt dringend brauchen. Höchste Zeit, Sicherheit wirklich radikal neu zu denken!

Das scheint sich auch Papst Franziskus gedacht zu haben. Im Oktober 2020 erschien ein Dokument von 106 Seiten unter dem Titel „Fratelli Tutti“, vielleicht erinnert sich noch eine/r? Ja, der Mensch ist ein vergessliches Wesen ... Und der Papst hat zwei Fehler gemacht, einen zu langen Text mit einem zu sperrigen Titel versehen (Brüder!). Kein Wunder, dass diese Enzyklika schon fast historisch ist, hierzulande kaum in die öffentliche Debatte gelangte. Wie wäre es mit einem Reframing, mit einer Neulektüre unter anderem Titel? Ich hätte einen Vorschlag: „Sicherheit neu denken – Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft“.

Ein anderer Anfang

Vielleicht müsste man den Text noch ein wenig umstellen, zum Beispiel wäre dies hier eine schöne Eröffnung:

„Im Namen der Völker, die der Sicherheit, des Friedens und des gemeinsamen Zusammenlebens entbehren und Opfer von Zerstörung, Niedergang und Krieg wurden. Im Namen der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit, den Grundlagen des Wohlstands und den Eckpfeilern des Glaubens. Im Namen aller Menschen guten Willens an allen Orten der Welt nehmen wir die Kultur des Dialogs als Weg, die allgemeine Zusammenarbeit als Verhaltensregel und das gegenseitige Verständnis als Methode und Maßstab an.“ (285)



Auf eine solche Eröffnung sollten dann aber nicht seitenlang „die Schatten einer abgeschotteten Welt“ (Nr. 9–55) fallen. Das Dokument „Sicherheit neu denken“ stellt es viel schlauer an: Es beginnt mit dem sehr umfangreichen Positivszenario: „Nachhaltige Zivile Sicherheit“ (S. 26–141). So lassen sich Leser*innen locken!

Der Papst kann das grundsätzlich auch. Zumindest die Titel seiner Kapitel klingen sehr einladend, nur gibt es leider kein Inhaltsverzeichnis und wer von vorne liest, verliert sich im Negativ- und Trendszenario des Papstes, in den „Schatten einer abgeschotteten Welt“.

Ein päpstliches Positivszenario

Das Positivszenario des Papstes beginnt mit einer biblischen Relecture: „Ein Fremder auf dem Weg“ (Nr. 56–86). Der Papst fordert dann auf, eine „offene Welt“ zu denken und zu schaffen (Nr. 87–127), wozu es ein „offenes Herz für die ganze Welt“ braucht (Nr. 128–153). Dann kann die „beste Politik“ (Nr. 154–197) gewählt werden, die aus „Dialog und sozialer Freundschaft“ (Nr. 198–224) heraus, „Wege zu einer neuen Begegnung“ (Nr. 225–270) entstehen lässt, wobei den „Religionen“ eine wichtige Aufgabe „im Dienst an der Geschwisterlichkeit in der Welt“ (Nr. 271–285) zukommt.



Papst Franziskus formuliert Visionen für die Zukunft der einen Menschheitsfamilie

Nicht nur den Religionen kommt eine wichtige Aufgabe zu. Erst recht nicht nur den Regierungen. Nein, wir „dürfen nicht alles von denen erwarten, die uns regieren; das wäre infantil. Wir haben Möglichkeiten der Mitverantwortung, die es uns erlauben, neue Prozesse und Veränderungen einzuleiten und zu bewirken. Wir müssen aktiv Anteil haben beim Wiederaufbau und bei der Unterstützung der verwundeten Gesellschaft.“ (Nr. 77). Auch von denen, die uns in der Kirche regieren, dürfen wir natürlich nicht alles erwarten ... dieser Papst setzt auf die Basis, auf die NGOs, auch auf pax christi!

Franziskus setzt auf pax christi

Für pax christi besonders interessant: Dieser Papst setzt nicht auf Gewalt und Krieg. Ganz hinten in seinem langen Text findet sich das Kapitel „Krieg und Todesstrafe“ (ab Nr. 255). Vielleicht hätte er dies auch besser am Anfang gesagt. Sicherheit neu zu denken, heißt eine Welt ohne Krieg und Militär zu denken: „... können wir den Krieg nicht mehr als Lösung betrachten, denn die Risiken werden wahrscheinlich immer den hypothetischen Nutzen (...) überwiegen. (...) Nie wieder Krieg!“ (Nr. 258).

„Jeder Krieg hinterlässt die Welt schlechter, als er sie vorgefunden hat. Krieg ist ein Versagen der Politik und der

Menschheit, eine beschämende Kapitulation, eine Niederlage gegenüber den Mächten des Bösen“ (Nr. 261). Deswegen die großen Begriffe von Solidarität, von Geschwisterlichkeit, von Dialog und Vertrauen. Das alles brauchen wir, das alles müssen wir dringlich entwickeln, damit wir Zukunft haben können. Aber, und da ist der Papst sehr klar, wir können nicht warten, bis wir alles entwickelt haben, kein Szenario bis zum Jahre 2040 bis wir endlich auf das Militär verzichten können: „Halten wir uns nicht mit theoretischen Diskussionen auf, sondern treten wir in Kontakt mit den Wunden, berühren wir das Fleisch der Verletzten“ (Nr. 261). Jetzt schon – schon jetzt! – müssen wir auf Militär und Krieg als Mittel verzichten, sonst wird das nichts mit der so notwendigen Entwicklung einer geschwisterlichen Welt: „Und mit dem Geld, das für Waffen und andere Militärausgaben verwendet wird, richten wir einen Weltfonds ein, um dem Hunger ein für alle Mal ein Ende zu setzen und die Entwicklung der ärmsten Länder zu fördern, damit ihre Bewohner nicht zu gewaltsamen oder trügerischen Lösungen greifen oder ihre Länder verlassen müssen, um ein menschenwürdigeres Leben zu suchen.“ (Nr. 262). Amen.

Thomas Nauerth ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von pax christi und Mitbegründer des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie.

Friede unseren Hütten, Krieg den anderen Palästen

Evolutionspsychologie großer Gruppen in der globalen Klimakrise

Michael Schonnebeck

In was für Zeiten leben wir nur. Unser globales Ökosystem rückt in die Nähe von Verwüstung, Lebensfeindlichkeit, Unbewohnbarkeit. Wir alle wissen das, studieren die Details, ahnen die Folgen. Höchste Zeit also zusammenzurücken um das Schlimmste zu verhindern. Und was passiert: Streit aller Orten, Abschottung in Hochkonjunktur, Populisten nach oben geschwemmt. Was nur geht in unseren Köpfen vor oder besser: in unseren Herzen?

Das Wichtigste hieraus gleich zu Anfang: Gäbe es die menschliche Gattung wie in Zeiten der Frühmenschen, wären Kriege nicht existent. Solange genug Platz da war, wurden Konflikte durch Weggehen gelöst, das war wesensgerecht und ökonomisch.

Sesshaftigkeit führt zu Kriegen

Das änderte sich in der Menschheitsgeschichte mit der aufkommenden Sesshaftigkeit. Nun entfiel Weggehen als Konfliktlösung und die ungekannte Bevölkerungszunahme mit Ressourcenmangel schuf soziale Dauergereiztheit. Aber was löst Kriege aus, lässt Andere zu Feinden werden?



Die Stammeskultur des Menschen und seiner Vorfahren war eine auf Kooperation und Ausgleich ausgerichtete. Der Prozess dorthin muss ein sehr komplexer gewesen sein und wurde entscheidend von Reputationsauslese angetrieben: Wer sich selbstlos verhielt, bekam einen guten Ruf und wurde bei der Partnerwahl bevorzugt. Diese Prinzipien der Selbstlosigkeit

änderten sich aber in Ausnahmezeiten, zumeist bei bedrohlichem Nahrungsmangel. Wann und wie erfolgte dieses Umschalten vom Alltags- in den Krisenmodus?

Alphatyrannen: Rücksichtslosigkeit und Dominanzgier

Hier kommen die sogenannten Alphatyrannen zum Zuge, ein menschlicher Archetypus, der sich durch Rücksichtslosigkeit und Dominanzgier auszeichnet. In friedlich-ressourcensicheren Zeiten macht die soziale Kontrolle solcher Alphatyrannen dem Kollektiv viel Mühe. In existentiellen Mangelsituationen änderte sich das aber plötzlich, die Alphatyrannen mit ihrer kompromisslosen Durchsetzungsbereitschaft können dann und nur dann ihre Gruppe vor dem Untergang bewahren, freilich auf Kosten der anderen.

Mit etwas Fantasie lässt sich nun das gesellschaftliche Dilemma vorstellen, ob die gegenwärtige Krise noch im Normalmodus oder im enthemmten Überlebens-Kampfmodus bewältigt werden muss. Dominanzakteure testen in dieser Phase aus, wieweit sich die soziale Ordnung überwäligen lässt (man wird doch noch fragen können?) und wer sich bereits hinter sie scharrt.

Alphatyrannen: Die Populisten heutiger Tage

Diese Alphatyrannen lassen sich mit einem Dreiklang aus Ausgrenzungsverhalten, Unverfrorenheit und Vetternwirtschaft charakterisieren. Es verblüfft, wie diese Kriterien auf populistische Führer unserer Zeiten zutreffen. Auch diese grenzen aus („built this wall“), sind dreist und ungeniert („alternative facts“), betreiben Verwandten- und Günstlingsprivilegierung.

Die Bedrohung unserer Zeit: Die Klimakrise

Aber welche existentielle Bedrohung konterkariert denn heutzutage unseren verwurzelten Sinn für das Gruppen-

soziale? Nahrungsmangel ist es nicht, aber etwas für die Gruppenpsyche Vergleichbares, die Verknappung lebenswichtiger Ressourcen wie Niederschläge, Sonneneinstrahlung, Witterungskonstanz. Wir nennen das Klimakrise. Das ist eine genauso existentielle Schwellensituation, in der die Besorgnis wächst und das Kommende noch nicht erfasst ist. Und das ist



Viele Länder des Südens leiden unter Überschwemmungen

die günstige Zeit, in der die Tyrannei-Begabten sich bemerkbar machen und Leistungsproben ihrer Dreistigkeit abliefern. Provokant formuliert: America first!-Rufer realisierten vermutlich längst, dass sich ihre Lebensgrundlagen negativ verändern; sie driften nur im Stillen, möglichst vor den anderen, auf die Seite des robusten Überlebenskandidaten.

Alphatyranen haben keine wirksamen Strategien für heutige Bedrohungen

Was aber heißt das für unser Gegenwartsagieren? Autokraten, Tyrannen, Trittbrettfahrer finden in diesen Zeiten Zulauf, aber ihre Rezepte stammen aus einer evolutionären Ahnenkiste und sind den komplexen Anforderungen von Staatengesellschaften nicht gewachsen. Sie entlarven sich aufgrund ihrer Tumbheit und Simplizität. Es geht eben nicht mehr nur um das rücksichtslose Raffen von Nahrungsmitteln bis zum Ende einer Hungersnot, sondern um langwierige Steuerungsprozesse, die Klugheit, Geduld und Teamgeist erfordern. Hieraus könnten sich Prämissen für gute Führerschaft in diesen Zeiten ableiten. Durchsetzungshärte wäre also klug und fair zu präsentieren, mit unbeirrtem Aufklärungswillen, stoischer Faktenorientierung, auch hartnäckigem Widerspruch. Also nicht empört Narzisst rufen, sondern Personenfixierung ablehnen und auf Sachorientierung bestehen.

Der Alphatyran verneint die Klimakrise – was tun?

Hier ist Zivilcourage und auf Fakten basierendes Denken und Handeln von uns gefragt. Wir setzen Kontrapunkte, indem wir unaufgeregt und sachorientiert agieren. Wir lassen uns nicht in den Strudel von Abgrenzung und Provokation ziehen, sondern sind unbeirrt menschlich und fair, ja geschwisterlich ausgerichtet.

Die Hoffnung: Gesellschaften besitzen Potenziale, um die Krisen zu meistern

Was bedeuten all diese Überlegungen, am Ende? In herausziehenden Krisenzeiten gibt es die Hoffnung, dass Gesellschaften mit der Not auch das Rettende und mit den Herausforderungen neue Hilfsbereitschaft und Prosozialität hervorbringen. Dann könnten wir egalitär Frieden für alle Hütten denken und müssten nicht dreist behaupten, die Anderen lebten in Palästen.

Dr. Michael Schonneck ist Leitender Arzt der Tagesklinik am Hansaring, Psychosomatik und Psychotherapie, Köln.

Ernährung und Klimaschutz

Neues Handeln ist erforderlich

Rebecca Burkert

Blicken wir einst aus der Zukunft auf das Jahr 2020 zurück, so bleibt vielen wohl vor allem eins in Erinnerung: Die Corona-Pandemie. Ein Thema, das noch im Vorjahr im gesellschafts-politischen Mittelpunkt stand, scheint 2020 (und womöglich auch 2021) aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden zu sein. Spätestens beim Stichwort „Fridays for Future“ wird klar, es geht um den Klimaschutz.

Bei der Klimakrise ist klar, dass es kein „weiter so“ geben kann, sondern neues Handeln in allen gesellschaftlichen Bereichen erforderlich ist. Wichtige erste Schritte dabei sind der Kohleausstieg und der Ausbau erneuerbarer Energien, energieeffizientes Bauen und Sanieren sowie der Ausbau des Schienenverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs. Privat verzichten viele von uns auf Kurzstreckenflüge, lassen das Auto zugunsten des Fahrrads stehen oder haben seltener Fleisch auf ihrem Teller. Aber macht was wir essen wirklich einen Unterschied?

Fasten für das Klima

Unter dem Titel „So viel du brauchst“ ruft jüngst eine ökumenische Initiative zum Klimafasten in der diesjährigen Fastenzeit auf. So heißt es in dem Appell: „Mit dieser Fastenaktion stellen wir uns in die christliche Tradition, die in der Zeit vor Ostern des Leidens gedenkt und bewusst Verzicht übt, um frei zu werden für neue Gedanken und andere

Verhaltensweisen. Der Klimawandel verursacht Leiden, denn er gefährdet das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen. Klimaschutz macht Verzicht erforderlich. Aber immer wieder ist er ein Gewinn, wenn es gelingt, alleine oder in der Gemeinschaft das Leben klimafreundlicher zu gestalten.“

Ein möglicher Pack-an, um etwas zum Klimaschutz beizutragen, kann also die Anpassung unserer Ernährung sein. Dies kann beinhalten, regionale importierten Produkten vorzuziehen, aber beispielsweise auch, den Konsum besonders klimaschädlicher Lebensmittel zu reduzieren. Bestimmte Lebensmittel haben aufgrund ihrer Herstellung und Weiterverarbeitung nämlich einen deutlich höheren Ressourcenverbrauch als andere. Beispielsweise werden, um 1 Kilo Butter herzustellen, fast 24 Kilo CO₂ ausgestoßen; bei 1 Kilo Rindfleisch sind es über 13 Kilo CO₂, bei Käse 8,5 Kilo und bei Geflügel rund 3,5 Kilo Emissionen.

Wer sich zwar klimafreundlicher ernähren, aber nicht auf tierische Produkte verzichten möchte, könnte auf Bio-Produkte zurückgreifen. Je nach Lebensmittel werden bei biologisch hergestellten Produkten nämlich bis zu 25 Prozent weniger CO₂ ausgestoßen, was vor allem auf den Verzicht chemischer Düngemittel zurückzuführen ist. Nur wenige hundert Gramm CO₂-Emissionen hingegen verursachen v.a. pflanzliche, regionale und saisonale Produkte wie Kartoffeln, Kohl, Hülsenfrüchte, Karotten, Äpfel, Birnen oder Erdbeeren.

Verantwortlich für die hohen CO₂-Werte tierischer Produkte ist der hohe Ressourcenverbrauch ihrer Produktion. Gut ein Drittel der weltweiten Landflächen werden zur Haltung von Nutztieren benötigt und ein weiteres Drittel dient dem Anbau von Futtermitteln. Aufgrund dieses hohen Bedarfs an Acker- und Weideland lassen sich 75 Prozent der Entwaldung, wie sie beispielsweise im Amazonas stattfindet, direkt mit dem hohen globalen Fleischkonsum in Verbindung bringen. Dementsprechend verursacht eine stark fleischlastige Ernährung gut 1.820 Kilo CO₂-Emissionen jedes Jahr. Eine ausgewogene Ernährung mit deutlich weniger Fleisch in Bioqualität verursacht nur noch 1.030 Kilo CO₂, eine vegetarische Ernährung 880 Kilo und eine vegane sogar nur 740 Kilo ausgestoßenes CO₂ pro Jahr, also weniger als die Hälfte der Emissionen, die eine fleischlastige Ernährung verursacht.

Was passiert, würden sich alle Menschen vegan ernähren?

Durch das Ende von Abholzung und Brandrodung würde sich der Regenwald regenerieren und durch die freigewordenen Acker- und Weideflächen stünden 3,3 Milliarden Hektar mehr Land zur Bewirtschaftung zur Verfügung, was der gesamten



Fläche des afrikanischen Kontinents entspräche. Würde sich die Weltbevölkerung also von heute auf morgen ganz ohne tierische Produkte ernähren, könnten rechnerisch vier Milliarden Menschen mehr satt werden als es zurzeit der Fall ist. Es würde weniger Wasser verbraucht werden und die lebensmittelbedingten Treibhausgase könnten um 70 Prozent reduziert werden – die globale Erwärmung würde also deutlich verlangsamt werden.

Die Realität liegt von dieser Utopie jedoch leider weit entfernt. Durch die rasant wachsende Weltbevölkerung und den steigenden Wohlstand in den Industrienationen steigt auch der Fleischkonsum kontinuierlich an. Wir können also nicht von heute auf morgen die Welt verändern – und schon gar nicht alleine.

Die Initiative „So viel du brauchst“ lädt dazu ein, achtsam zu sein. Achtsam dafür zu sein, wie viel Wasser- und Energie wir verbrauchen, uns bewusst zu machen, was ein gutes Leben für uns ausmacht, wachsam dafür zu sein, wie viel Zeit wir in der digitalen Welt verbringen, aufmerksam dafür zu sein, welche Reise unsere Lebensmittel hinter sich haben – und zu überdenken wie viel wir von was wirklich brauchen.

Rebecca Burkert arbeitet bei pax christi als Projektreferentin zum Thema „Aktive Gewaltfreiheit“.

„Wir brauchen nicht so fort zu leben, wie wir gestern gelebt haben. Macht Euch nur von dieser Anschauung los und tausend Möglichkeiten laden uns zu neuem Leben ein.“

Christian Morgenstern

Kirchlicher Vorreiter

Klimaschutz konkret macht die „Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO)“ mit ihrem „Kirchengesetz zur Förderung des Klimaschutzes in der bei kirchlichen Gebäuden (Klimaschutzgesetz – KISchG)“. Dieses im Oktober 2020 von der Landessynode beschlossene Kirchengesetz legt das Klimaschutzziel für die EKBO fest und regelt wesentliche Anforderungen für eine effiziente Gebäudenutzung, die energetische Optimierung von Gebäuden oder einen Wechsel des Energieträgers oder der Energiequelle oder eine Kombination aus mehreren Maßnahmen. Die Treibhausgasemissionen der EKBO sollen ab dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2050 auf null gesenkt werden (CO₂-Neutralität). Die Absenkung soll in erster Linie durch Vermeidung von Emissionen geschehen. Gefördert wird klimafreundliche Heiztechnologie und energetische Gebäudesanierung. Der Austausch von Heizungsanlagen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, wird durch eine Mitfinanzierung beim Einbau einer klimafreundlichen Heizungsanlage aus einem eigens dafür eingerichteten Klimaschutzfonds gefördert.

Mein ökologischer Rucksack



Die ökologischen Auswirkungen Ihres Lebensstils können Sie selbst berechnen beim Wuppertal Institut.
www.ressourcen-rechner.de





Menschenwürde als Schlüsselfaktor für Frieden und Gerechtigkeit

Herausforderungen für pax christi in Flandern (Belgien)

Annemarie Gielen

pax christi Flandern ist eine der sechs großen Sektionen der internationalen pax christi-Bewegung. Das mag überraschen, denn Flandern ist nur eine kleine Region in Europa. Wie ist die flämische Sektion so groß geworden? Was sind die Themen, mit denen sich pax christi Flandern beschäftigt? Was sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen? Annemarie Gielen, Generalsekretärin von pax christi Flandern, gibt die Antworten.

Einer der großen Vorteile der Situation in Flandern ist, dass die flämische Regierung strukturelle Mittel für Organisationen zur Verfügung stellt, die das Bewusstsein für gesellschaftliche Themen schärfen. Die staatliche Finanzierung zielt darauf ab, Menschen zu aktiven Bürger*innen der Gesellschaft zu machen, indem sie die Arbeit von Bewegungen und Organisationen vernetzt und fördert. Diese Finanzierung eröffnete pax christi Flandern seit Ende der achtziger Jahre viele Möglichkeiten.

Unsere Bewegung hat ein Büro im Zentrum Antwerpens, im Klostergebäude der Friars Minor (Kapuziner). Es hat einen schönen Garten und liegt in der Nähe des Hauptbahnhofs, ein toller Platz! Wir beschäftigen sieben Personen, haben

mehrere Freiwillige, die einmal die Woche arbeiten, und zwei studentische Praktikant*innen. Zu pax christi Flandern gehören aktuell etwa 1.200 Mitglieder und vom Westen bis zum Osten Flanderns sind sechs lokale Gruppen aktiv.

„Wir müssen handeln“

In den letzten Jahren fürchteten wir, die staatliche Förderung zu verlieren, da eine Prüfungskommission unsere Arbeit als nicht strategisch genug bewertete: zu viele lose Enden, nicht genug wirkungsorientiert. Das Risiko, unsere stabile Finanzierung zu verlieren, erschütterte unsere Bewegung stark, und wir bereiteten uns auf ein Worst-Case-Szenario vor. Gleichzeitig investierten wir in eine tiefgreifende Analyse. Basierend auf dieser Analyse arbeiteten wir an einem strategischen Plan: Was genau wollen wir bewirken? Das war für ‚Leute wie uns‘, die die Welt verbessern wollen, nicht leicht! Wenn es einen neuen Konflikt oder einen neuen Fall von Ungerechtigkeit gibt, bringen unsere Freiwilligen und Mitarbeiter*innen es auf den Tisch: Wir müssen handeln! Wir müssen einen Brief schreiben! Wir müssen etwas tun! Sie kennen das wahrscheinlich. Um uns die Entscheidung zu erleichtern, haben wir ein mehrschichtiges Bild entworfen, das uns helfen soll, zu entscheiden, was zu tun ist.



© Fotos: pax christi Flandern

Eine der Stärken unserer Besonderheit als Friedensorganisation mit katholischen Wurzeln, ist unser spirituelles Fundament. Heute, in Zeiten großer Unsicherheit, spüren wir deutlich, wie wichtig es ist, eine Geschichte zu haben, einen Kompass, einen Rahmen, der Orientierung gibt. In unserer säkularen Gesellschaft sehen wir ein wachsendes Bedürfnis nach spiritueller Nahrung, nach spirituellen Antworten auf komplexe Fragen und so nutzen wir diese Kraft, um Menschen in ihrer Suche nach Halt und Verständnis zu unterstützen.

Eine moralische Haltung einzunehmen ist nicht immer einfach. Nehmen wir zum Beispiel die Frage der Atomwaffen. Unzählige Male hörten wir, dass wir nicht nur naiv, sondern sogar furchtbar gefährlich sind. Aber wir wiederholen immer wieder, dass der Einsatz von Atomwaffen verheerend für die Menschheit und den Planeten ist und dass auch die bloße Drohung sie einzusetzen, unmoralisch ist. Die Doktrin der Abschreckung löst keinen Streit zwischen den Nationen. Es ist naiv zu glauben, dass Atomwaffen mehr Sicherheit bringen, und noch naiver zu glauben, dass sie helfen, Konflikte zu lösen. Deshalb hat pax christi Flandern die Abschaffung von Atomwaffen zu einem Schwerpunkt des Engagements für Sicherheit und Abrüstung gemacht. So sind wir sehr froh, dass wir am 22. Januar die Ächtung von Atomwaffen feiern konnten, weil der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen in Kraft getreten ist. Natürlich haben wir, genau wie in Deutschland, noch einen Weg vor uns, bevor die amerikanischen Raketen wirklich unseren Boden verlassen, aber wir bleiben dran!

Wir teilen die gleichen Werte

In unserem Land sind wir auch mit Spannungen konfrontiert, die in der Angst der Menschen wurzeln, ihre Identität und

die Art und Weise wie sie ihr Leben zu leben gewohnt sind zu verlieren, Arbeitsplätze und die Sicherheit zu verlieren, die unser Sozial- und Gesundheitssystem bietet. Deshalb investieren wir darin, unsere Gesellschaft inklusiver zu machen. Das ist in Zeiten der COVID-19-Pandemie nicht einfach, weil viele Menschen nicht erreicht werden können. Aber die Online-Aktivitäten bringen lebhaftere Diskussionen auf Facebook, vor allem durch bezahlte Anzeigen, die wir schalten. Vor der Pandemie und ein wenig zwischen den Lockdowns haben wir mit Asylbewerber*innen und Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus gearbeitet: Wir haben ihr Leben mit der Methode des Theaters der Unterdrückten sichtbar gemacht und diesen Menschen eine Stimme gegeben. Natürlich ohne die Stimmen der anderen Menschen zu ignorieren, die kamen, um die Stücke zu sehen und die während der Diskussion und des Nachspielens des Theaterstücks aktiv eingreifen konnten. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie wir Menschen zusammenbringen, um mehr über dieses Thema zu erfahren und eine Diskussion darüber zu führen.

Die pax christi-Familie handelt weltweit auf unterschiedliche Weise gegen Ungerechtigkeit, aber wir alle teilen die gleichen Werte. Wie der Mitbegründer Mgr. Théas es in seinem Hirtenbrief im August 1942 schrieb, ist die Menschenwürde eines der wesentlichsten Rechte des Menschen. Seit 75 Jahren fördern wir die Menschenwürde als Schlüsselfaktor für nachhaltigen Frieden und Gerechtigkeit. Ich gratuliere auch Ihnen allen zu diesem Jubiläum! Und möge der Geist der Gründung von pax christi uns mit Feuer und Begeisterung erfüllen, um weiterzumachen.

Annemarie Gielen ist seit 2012 Generalsekretärin von pax christi Flandern.



Verlorene Generation verhindern

Die Folgen der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindern im bewaffneten Konflikt im Irak

Thomas Berthold

*Am 12. Februar erinnert jährlich der Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldat*innen an das Schicksal von Kindern, die in Kriegen und bewaffneten Konflikten rekrutiert und eingesetzt werden. 2021 liegt der Fokus des Red Hand Day auf der Situation von Kindern im Irak.*

Eine Kindheit geprägt durch den Einsatz im bewaffneten Konflikt

Die Rekrutierung und der Einsatz von Kindern beim Militär oder in bewaffneten Gruppen ist nach geltendem Völkerrecht eine von sechs schweren Kinderrechtsverletzungen. Dennoch werden die globalen Verpflichtungen zum Schutz dieser Kinder oftmals vernachlässigt und betroffene Mädchen und Jungen mit den vielen verschiedenen Auswirkungen der Rekrutierung alleine gelassen. Dies trifft aktuell beispielsweise auf Kinder im Irak zu, die in ihrer Kindheit bisher kaum Frieden erleben konnten.

Die Jahrzehnte andauernde Konfliktsituation, die Eroberung und Besetzung durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) in den Jahren 2014 bis 2017 und die noch heute fragile Situation im Land hinterlassen tiefe Spuren. Kinder, die während der

letzten Jahre rekrutiert und im bewaffneten Konflikt eingesetzt wurden, leiden nicht nur unter den schwerwiegenden Folgen dieser Kinderrechtsverletzung. Sie haben auch aufgrund der eklatanten Lücken bei Maßnahmen zu ihrem Schutz und der so dringend notwendigen Rehabilitierungsmaßnahmen wenig Chancen, ein Leben ohne Gewalt und ihre Folgen zu führen. Laut des Berichts der Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Kinder in bewaffneten Konflikten haben sowohl der IS als auch andere Akteure im Kampf gegen den IS schwerwiegende Kinderrechtsverletzungen verschuldet.

Inwieweit Kinder tatsächlich oder vermeintlich für den IS im Einsatz waren, wird heute kaum nachverfolgt oder lässt sich aufgrund der umfassenden Kontrolle der Bevölkerung während der IS-Herrschaft schwer belegen. Fest steht jedoch, dass diese Kinder heute ein dramatisches Ausmaß an Stigmatisierung, Diskriminierung und Kinderrechtsverletzungen erfahren. Aufgrund bestehender Antiterrorismusetzungen der irakischen und kurdischen Behörden wurden eine Vielzahl von Jungen und Mädchen aufgrund ihrer (vermeintlichen) Unterstützung des IS inhaftiert. Die tatsächliche Zahl der Inhaftierungen liegt dabei weit über den 981

Kinder gehören in die Schule – nicht in den Krieg!

Definition Kindersoldat*innen

Der Begriff „Kindersoldat*innen“ bezeichnet Kinder, die mit Streitkräften oder bewaffneten Gruppen assoziiert sind. Dies sind alle Personen unter 18 Jahren, die von Streitkräften oder bewaffneten Gruppen rekrutiert oder benutzt werden oder wurden, egal in welcher Funktion oder Rolle. Darunter Kinder, die zum Kämpfen, Kochen, Tragen, Nachrichten übermitteln oder zur Spionage eingesetzt oder zu sexuellen Handlungen gezwungen werden.

Überblick schwerer Kinderrechtsverletzungen im Irak

Im Zeitraum von Juli 2015 bis Juli 2019 wurden 2.114 schwere Kinderrechtsverletzungen im Irak verifiziert. Diese Zahlen liegen in der Regel weit unter den tatsächlichen Schätzungen. Denn eine Vielzahl an weiteren schweren Kinderrechtsverletzungen bleibt oft unsichtbar, da sie aufgrund der eingeschränkten Datenlage nicht verifiziert werden kann.

Anzahl der verifizierten schweren Kinderrechtsverletzungen:

- Rekrutierung und Einsatz von Kindern beim Militär und in bewaffneten Gruppen: 296 Kinder (einschließlich 9 Mädchen).
- Tötung und Verstümmelung von Kindern: 1.722 Kinder.
- sexuelle Gewalt gegen Kinder: 10 Kinder.
- Entführungen: 86 Kinder.
- verweigerter Zugang zu humanitärer Hilfe: 7 Vorfälle.
- Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser: 236 Angriffe auf Schulen, 24 Angriffe auf Krankenhäuser.

Darüber hinaus wurden im genannten Zeitraum 778 Inhaftierungen von Kinder aufgrund ihrer (vermeintlichen) Verbindung zu bewaffneten Gruppen dokumentiert. Ende 2019 liegt die verifizierte Zahl an Inhaftierungen bei 981 Kindern.

dokumentierten Fällen durch die Sonderbeauftragte der VN für Kinder in bewaffneten Konflikten.

Neben den direkten Folgen der Rekrutierung stehen Kinder im Irak zudem vor der Herausforderung mit den weiteren Folgen der IS-Herrschaft zu leben: Mitte 2020 sind noch immer 648.000 Kinder (von insgesamt 1,38 Mio. Personen) intern vertrieben. Eine Rückkehr an ihre Heimatorte ist für viele nicht möglich. Große Teile der Infrastruktur sind zerstört, explosive Kampfmittel nicht geräumt, Zugang zu Schulen und Gesundheitsdiensten teilweise nicht vorhanden. Auch die mit der Assoziierung mit dem IS einhergehende Stigmatisierung macht eine Rückkehr in die Heimatorte für viele Kinder unmöglich.

Das Bündnis Kindersoldaten ruft daher anlässlich des Red Hand Days dazu auf, mehr Aufmerksamkeit als bisher auf die besondere Situation von Kindern im Irak zu lenken und Programme zum Schutz von Kindern, die in bewaffneten Konflikten eingesetzt wurden und werden, umzusetzen. Die vielschichtigen Kinderrechtsverletzungen, denen Kinder im Irak ausgesetzt waren und sind, dürfen nicht unsichtbar und

unadressiert bleiben. Eine verlorene Generation im Irak jetzt zu verhindern, ist eine globale völkerrechtliche Verpflichtung und auch die einzige Chance auf eine Zukunft dieser Kinder, der irakischen Gesellschaft und der Region.



**Deutsches Bündnis
Kindersoldaten**

Thomas Berthold ist Kinderrechtsexperte bei terre des hommes und Sprecher im Deutschen Bündnis Kindersoldaten



Dieser Text ist Teil des aktuellen Positionspapiers vom Bündnis Kindersoldaten „Verlorene Generation verhindern“ zum Red Hand Day 2021 und vollständig zu finden unter www.kindersoldaten.info

Gerechter Friede neu denken

Neuausrichtung der katholischen Friedenslehre

pax christi-Bundesvorstand



Die pax_zeit berichtete bereits in den vier Heften 2020 über das von der Kommission X WELTKIRCHE der Deutschen Bischofskonferenz gestartete Projekt, ein neues Hirtenwort zum Frieden vorzubereiten. Mehrere pax christi-Mitglieder benannten in Artikeln in der pax_zeit und auf der Homepage ihre Gedanken und Ansprüche an ein Hirtenwort „Gerechter Friede II“. Im Folgenden dokumentiert die pax_zeit die Stellungnahme des Bundesvorstandes, die im Januar 2021 an den Vorsitzenden der KX, Ludwig Schick, Erzbischof von Bamberg, gerichtet wurde.

Die katholische Friedensbewegung pax christi begrüßt das Vorhaben das Hirtenwort „Gerechter Friede“ zu überarbeiten und einer Aktualisierung zu unterziehen. Aufgrund der globalen und kirchlichen Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre reicht eine Fortschreibung des Bischofswortes aus dem Jahr 2000 nicht aus. Von einem neuen Hirtenwort erwartet pax christi, dass das aktuelle Lehramt von Papst Franziskus und die Weiterentwicklung der Friedensethik und der Kriegsrealität berücksichtigt werden. Es bedarf einer Neuausrichtung der katholischen Friedenslehre. Gerechter Friede ist aus Sicht von pax christi nicht mit militärischen Mitteln zu erreichen. Stattdessen braucht es ein klares Bekenntnis in der

katholischen Friedenslehre zur aktiven Gewaltfreiheit, wie sie auch von Jesus praktiziert wurde.

Impulse aus der Friedenslehre von Papst Franziskus

Der Papst forderte alle Katholik*innen weltweit in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2017 zur aktiven Gewaltfreiheit auf. pax christi hat sich in den vergangenen Jahren ebenfalls intensiv mit dieser (Handlungs-)Option Gewaltfreiheit auseinandergesetzt. Vor allem die Arbeit und die Ergebnisse der Catholic-Nonviolence-Initiative haben gezeigt, dass diese Handlungsoption der Gewaltfreiheit, die eine Theologie und eine Spiritualität beinhaltet, die einzige Alternative zur militärischen Gewalt darstellt.

In „Fratelli Tutti“ erklärt der Papst, dass die Kriterien, unter denen eine Verteidigung mit militärischen Mitteln in der Vergangenheit legitim erschienen, vielfach missbraucht wurden und heute nicht mehr gegeben seien. „Deshalb“, schreibt er, „können wir den Krieg nicht mehr als Lösung betrachten“. Man kann heute nicht mehr von einem „gerechten Krieg“ sprechen: „Nie wieder Krieg!“ (FT 258). In der entsprechenden Fußnote grenzt er sich dabei sogar vom Heiligen Augustinus ab. Er



spricht von der „Pflicht“ zur „vollkommenen Abschaffung von Atomwaffen“ (FT 262), lehnt jede Art von Waffenhandel ab (FT 38; 188) und verurteilt „die sogenannten außergerichtlichen oder extralegalen Hinrichtungen. Es handelt sich dabei um vorsätzliche Morde“ (FT 267).

In einem Land, das in hohem Maß Rüstungsgüter herstellt und exportiert, Atomwaffen lagert und die eigene Armee auf ihren Einsatz vorbereitet sowie sich an der Steuerung der genannten „vorsätzlichen Morde“ beteiligt, darf dieser Ruf des Papstes nicht ignoriert werden. Stattdessen sollten Geschwisterlichkeit und internationale Solidarität, die vom Papst sowohl in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2017 als auch in „Fratelli Tutti“ vertreten und dargestellt werden, Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und das Friedenshandeln, bzw. die gesamte Praxis der Kirche prägen.

Die Katholische Kirche stellt sich ihrer Berufung, Friedenskirche zu sein

Bereits im katholisch-mennonitischen Dialog zwischen dem Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christ*innen und Vertreter*innen der Mennonitischen Weltkonferenz von

1998 bis 2003 hatte die katholische Kirche gemeinsam mit der historischen Friedenskirche der Mennoniten bekannt: „Die Kirche ist berufen eine Friedenskirche zu sein, eine friedensstiftende Kirche. Dies basiert auf einer Überzeugung, die wir gemeinsam haben. (...) Kraft ihrer Taufe in Christus sind alle Christen berufen, Friedensstifter zu sein. (...) Wir bekennen gemeinsam, dass Versöhnung, Gewaltlosigkeit und aktives Friedensstiften zum Zentrum des Evangeliums gehören.“

Aktuell ist in den evangelischen deutschen Landeskirchen ein hochinteressanter Prozess zu beobachten, der eigenständiges kirchliches Friedenshandeln neu in den Blick nimmt und entsprechende Selbstverpflichtungen allen kirchlichen Ebenen auferlegt. Impulsgeber*in war die badische Landeskirche, die sich 2013 nach einem Synodenbeschluss auf den Weg gemacht hat, Kirche des gerechten Friedens zu werden. Dieser friedensethische und friedens theologische Prozess hat bereits zahlreiche Früchte getragen und viele Landeskirchen ermutigt, sich auch auf diesen Weg zu begeben. Ist diese Entwicklung im Blick und wird versucht, solche Selbstverpflichtungen auch für die katholische Kirche in all ihren Strukturen (und für ihre Verbände) vorzudenken? Das historische Bekenntnis

des katholisch-mennonitischen Dialogs Friedenskirche zu sein bedeutet: Auf allen Ebenen der Praxis gewaltfrei und am Frieden orientiert zu handeln, sich in den Dienst von Friedensprozessen zu stellen und diese kreativ durch kirchliches Handeln zu ermöglichen und zu verstärken. Es gibt bereits in einigen Bistümern Beispiele für solches kirchliche Handeln: Etwa die dialogische, abrahamitische „Drei-Religionen-Grundschule Osnabrück“ (www.drei-religionen-schule.de/schule.html) oder Divestment-Prozesse, wie im Bistum Freiburg; Selbstverpflichtungen zu gewaltfreiem Umgang im innerkirchlichen Miteinander (vgl. Pastoralvereinbarung - Pastoralverbund Iserlohn; www.pviserlohn.de); Streitschlichterausbildungen an kirchlichen Schulen u.v.a.m.

In ökumenischer Verbundenheit will auch die katholische Kirche „Sicherheit neu denken“

„Sicherheit neu denken“ heißt ein inzwischen viel diskutiertes Konzept, herausgewachsen aus dem friedensethischen Neuorientierungsprozess der Evangelischen Landeskirche Baden. Es bringt etwas zurück in die friedensethische Debatte, was

verloren gegangen war, die Idee nämlich, dass eine rein zivile Sicherheitspolitik möglich ist, die Rüstung und Militär überflüssig macht. Es war seit der Zeit des Friedensbundes Deutscher Katholiken ein Proprium katholischer Friedensethik, sich die Überwindung des Krieges als Ziel vorstellen zu können. Während evangelische Theolog*innen bis heute aufgrund der überstarken Betonung der Sündhaftigkeit des Menschen den Krieg quasi als eine Art Naturgesetz betrachten, hat schon Franziskus Maria Stratmann OP als katholische Gegenposition formuliert, es gibt so viele schöne Möglichkeiten zu sündigen, dass der Verzicht auf Krieg zumutbar erscheint.

Auch bei unseren pax christi-Mitgliedern hat dieses Konzept „Sicherheit neu denken“ große Resonanz erfahren, daher würden wir uns wünschen, dass sich die deutschen Bischöfe in einem neuen Hirtenwort auch einer solchen Zielvorstellung (die im Übrigen ganz auf päpstlicher Linie seit Paul VI liegt) verpflichten.

Die Corona-Pandemie ist im vergangenen Jahr wie ein Sturm über uns hinweggefegt und hat unsere persönlichen und gesellschaftlichen Verwundbarkeiten offengelegt. Wir blicken mit einer neuen Perspektive auf die Zukunft und haben alte Gewissheiten über Bord geworfen. Warum soll es also nicht möglich sein, das militärische Sicherheitsverständnis hinter uns zu lassen und Sicherheit endlich neu zu denken?

Aufgrund der dargelegten Entwicklungen und der bereits bestehenden Verpflichtung der katholischen Kirche zu einer Friedenskirche zu werden, sollte Gerechter Friede neu gedacht und u.a. sich zu folgenden Punkten klar positioniert werden:

- Bekenntnis zur Gewaltfreiheit als Stil einer Spiritualität und Politik für den Frieden (unter anderem unter Berücksichtigung des Szenarios „Sicherheit neu denken“)
- Schritte auf dem Weg zu einer Friedenskirche zu benennen und diesen Prozess einzuleiten
- Gegen Einsatz und Besitz von Atomwaffen und die nukleare Teilhabe; Bekenntnis zum Atomwaffenverbotsvertrag und der Notwendigkeit der Unterzeichnung und Ratifizierung durch die Bundesrepublik
- Sich für die völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffensysteme auszusprechen und einzusetzen
- Ablehnung von Rüstungsexporten und jeder Art von Waffenhandel
- Einsatz der Katholischen Militärseelsorge zugunsten einer selbstkritischen Wissensbildung der Katholischen Soldat*innen im Sinn der Friedensethik von Papst Franziskus.

Beschluss des pax christi-Bundesvorstandes im Januar 2021



Diskussion zu „Gerechter Friede“

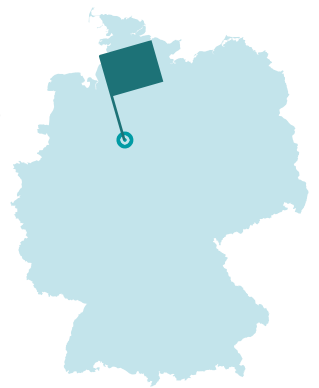
Mit dem Text von Stefan Silber aus der pax_zeit 4/2020 setzt sich Heinz-Günther Stobbe in einem Artikel kritisch auseinander, den er der Redaktion zugesandt hat. Besonders geht er auf Silbers Kritik an den Aussagen zur Ultima Ratio im Hirtenwort „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000 ein. Er betont: „Es ist sehr klar, welcher Stellenwert dem Militär zugebilligt wird: als ‚letztes Mittel‘, nicht weniger, aber auch nicht mehr.“ Ohne die Abwägung dieser Option könne „ein erheblicher Teil von Friedensforschung und Friedensethik, der mit Vergleich, Güterabwägung und Folgenabschätzung befasst ist, (...) als schlicht überflüssig betrachtet werden.“ Stobbes ausführlicher Text steht zum Nachlesen bereit auf www.paxchristi.de in der Rubrik „Gerechter Friede weiterdenken“.

Friedensarbeit: Konkret beginnen hier und jetzt

pax christi Paderborn



pax christi Paderborn
Wir sehen auf der Welt Unrecht und Ausbeutung, Verarmung und Krieg. Wir urteilen im Geiste Jesu Christi und tauschen uns mit Gleichgesinnten aus. Wir handeln und setzen Friedensimpulse mit Gebeten und Predigten, bei Aktionen gegen den Truppenübungsplatz Senne, beim „Aufschrei“ gegen den Waffenhandel, mit unserem Friedensdienstleistenden in Ecuador.



MACHEN
SUCHEN
WOLLEN
SEHEN
FINDEN ...

Der Diözesanverband Paderborn der Katholischen Friedensbewegung pax christi initiierte im Herbst 2020 die Aktion ‚Starterbox Friedensarbeit‘. Dr. Peter Witte, Vorsitzender des pax christi-Diözesanverbandes Paderborn, beschreibt die Motivation dazu: „Wenn man sich mit neuen und nicht immer einfachen Fragestellungen beschäftigen möchte, ist es gut, etwas in der Hand zu haben. Informationsmaterial, Vorschläge zu Meditation, Gesang und Gebet können hilfreich sein, sich zu verabreden und miteinander ins Gespräch zu kommen. Wir, der Diözesanvorstand von pax christi Paderborn, wollen mit dieser Starterbox das Thema Frieden in Gemeinden, Verbänden und Gruppen wecken und beleben. Dazu ist in der Box einiges enthalten, was das Miteinander leichter machen soll.“

Friedensarbeit beginnt konkret vor Ort im Hier und Jetzt. In diesem Sinne ist die Aktion ‚Starterbox Friedensarbeit‘ zu verstehen, als Anreiz, mit kleinen Schritten zu beginnen: im Gebet, im Nachdenken und im Handeln. Mit der neuen Materialbox besuchen Mitglieder des Vorstandsteams Gruppen und Initiativen aus den Gemeinden und Verbänden, die eine Gelegenheit suchen, konkrete Friedensarbeit kennenzulernen. Die Starterbox beinhaltet spirituelle Impulse und Material zur Gestaltung eines kontemplativen Raumes. Darüber hinaus bietet das Starterpaket Informationen zu

aktuellen Kampagnen der Friedensbewegung und der Hilfswerke Misereor und Missio. Schließlich wird die Arbeit der Friedensbewegung pax christi vorgestellt.

Verantwortlich für die Organisation ist der pax christi-Friedensarbeiter Manfred Jäger: „Für Interessierte an diesem Angebot vereinbart man mit uns einen Workshop-Termin. Wir bringen die ‚Starterbox Friedensarbeit‘ mit in ihre Gruppe. Die Box verbleibt im Anschluss an den Workshop in der jeweiligen Gruppe.“

Der Workshop ist ein wesentliches Element der Aktion ‚Starterbox Friedensarbeit‘. Der 90-minütige Workshop beinhaltet kreative Impulse, fragt in einem Meinungsbarometer nach Frieden, gibt einen Input zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Ziel 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen), bietet Austausch und Diskussionsmöglichkeiten zu diesen Zielen und bietet Spiele und Übungen aus den Möglichkeiten gewaltfreier Kommunikation.

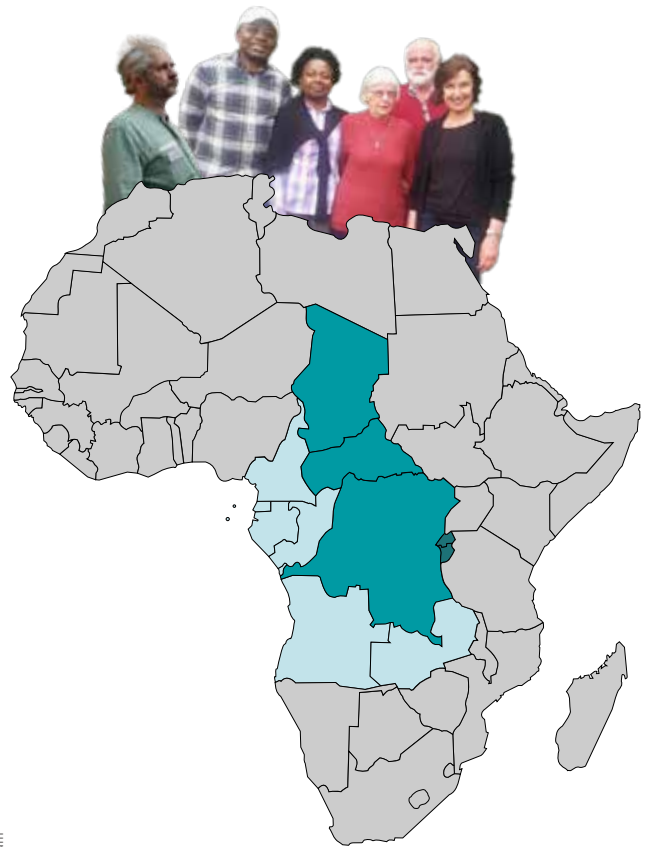


Mehr Informationen zu dieser Aktion
www.paderborn.paxchristi.de

Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“

Das ungeheure Leiden der Menschen in der Region der Großen Seen in Afrika geht uns alle an!

Maria Buchwitz



Einige Themen sind pax christi so wichtig, dass Kommissionen dauerhaft daran arbeiten. Hier stellen wir vor, was diese aktuell beschäftigt.

Auf dem Weg hin zu friedlichen Formen der Konfliktbearbeitung spielt der Wandel von der Konfliktökonomie zu einer Friedensökonomie eine entscheidende Rolle. Die Länder des Nordens, die sich über die Weltmärkte mit Rohstoffen aus der Region versorgen, müssen hier ihren Teil der Verantwortung wahrnehmen. In christlicher Solidarität suchen wir auch nach den Zeichen der Versöhnung in einer von extremen Formen der Gewalt geprägten Region.

Die Kommission bietet Unterstützung für lokale Veranstaltungen an. Dazu kann der Kurzfilm „Wenn Gold Gewalt und Elend schafft“ genutzt werden, den die Kommission in 2018/19 gemeinsam mit EIRENE und einem lokalen Partner, dem Pressehaus Burundi, hat drehen lassen, um der katastrophalen Menschenrechtslage im artisanalen Bergbau (Kleinbergbau) in der DR Kongo wesentlich mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Unser Ziel ist es, gemeinsam zu überlegen und zu diskutieren, welche Handlungsmöglichkeiten wir überhaupt haben, um an dieser Stelle Verantwortung zu übernehmen – angefangen von politischer Einflussnahme, über die Kontrolle der Lieferketten bis hin zu unserem persönlichen Konsum. Gerade die Verantwortung für die gesamte Lieferkette von den Minen

und Produzenten über die Händler bis zu den Endverkäufern ist ein Kernpunkt unserer Forderungen.

Menschenrechte müssen gesetzlich verankert werden

Stellen wir uns einen Moment vor, in Deutschland gäbe es keinerlei Zugang zu Sozialversicherungen oder Sozialprogrammen und keine finanzielle Unterstützung für Unternehmen in der Coronakrise. In dieser Lage befinden sich laut einer Studie der IAO vier Milliarden Menschen, also 55 Prozent der Weltbevölkerung. Durch die Unterbrechung von Transportwegen auch für Nahrungsmittel nehmen Hunger und Mangelernährung in zahlreichen Ländern wieder massiv zu. Die Vereinten Nationen warnten im November 2020 vor Hungersnöten biblischen Ausmaßes infolge der Coronakrise. Am Beispiel der Aktivitäten von Thyssenkrupp in Burundi zeigt das Factsheet der Kommission die Notwendigkeit auf, sich auf internationaler Ebene für verbindliche Regelungen einzusetzen, was aber nur gelingen kann, wenn wir in Deutschland und Europa mit gutem Beispiel vorangehen. Es muss endlich Schluss sein mit der freiwilligen Selbstverpflichtung, die sich in keiner Weise bewährt hat. Wir brauchen dringend ein effektives Lieferkettengesetz, welches selbstverständlich verbindliche Haftungsregeln einschließt und für alle global agierenden Unternehmen gilt!

Global Citizenship oder Menschheitsfamilie

Gerade in der Krise ist Zukunftsorientierung gefragt

Gertrud Casel

Wie schwer fällt es uns, die Zukunft im Blick zu behalten, sich an ihr zu orientieren und auf sie hin zu handeln?

Die Corona-Pandemie hat uns wie mit einem Holzhammer deutlich gemacht, dass auch in Sachen Gesundheit nationalstaatliche und regionale Lösungen nicht funktionieren. Wir sind in der Einen Welt, im globalen Dorf voneinander abhängig – Nord und Süd, West und Ost, reich und arm. Die in der Pandemie unterbrochenen globalen Lieferketten zeigen dies ebenso wie die Verbreitungswege des Virus, die an den nationalen Grenzen nicht haltmachen. Und weltweit zeigen sich die Folgepandemien von Covid 19. Der Hunger steigt extrem an und die Ungleichheiten wachsen. Auch Autoritarismus und Fragilität in den vulnerablen Ländern und Bevölkerungsgruppen steigen an: Wir erleben eine Polypandemie. Die Bekämpfung kann nur in internationaler Zusammenarbeit funktionieren.

Die große Transformation, wie die Staatengemeinschaft sie in den 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen und im Pariser Klimaabkommen vereinbart und beschrieben haben, muss als Zielvorgabe neue Leuchtkraft gewinnen. Ihre Umsetzung ist dringlicher denn je und auch sie kann nur in weltweiter multilateraler Zusammenarbeit gelingen. People and planet, prosperity, peace and partnership (die 5 P's) gaben und geben die Perspektive vor.

Warum aber setzt sich diese Perspektive nicht schneller durch?

In der Enzyklika „Laudato Si“ schrieb Papst Franziskus: „Es fehlt das Bewusstsein des gemeinsamen Ursprungs, einer wechselseitigen Zugehörigkeit und einer von allen geteilten Zukunft“. Wenn wir zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen wollen, müssen wir mit dem Kopf und vor allem mit dem Herzen erkennen, dass egal wo wir herkommen und wo wir hingehen – wir alle als Menschheitsfamilie zusammengehören und voneinander abhängen. Zuerst sind wir Weltbürger*innen und damit Teil der Global Citizenship – erst danach kommen regionale, nationale und lokale Zugehörigkeiten.

Es gilt, die globalisierte Gleichgültigkeit zu überwinden, die sich wie eine undurchdringliche Mauer zwischen uns aufgebaut hat. Erfreulicherweise wächst aber auch das „weltweite Streben nach Geschwisterlichkeit“, wie es Papst Franziskus im Jahr 2020 in „Fratelli Tutti“ beschrieben hat. Ein gutes Beispiel dafür ist ICAN, die Bewegung, deren Ausdauer und Beharrlichkeit wir den UN-Atomwaffenverbotvertrag verdanken, der am 22. Januar 2021 in Kraft getreten ist.

Die Zukunft gehört der Weltgesellschaft und den Weltbürger*innen. Migrant*innen sind die Pioniere der zukünftigen globalen Bürgerschaft gemeinsam mit jenen, die sie aufnehmen.

Gertrud Casel, Trier, ist pax christi-Mitglied und arbeitet in der pax christi-Kommission „Friedenspolitik“.



Wie funktioniert aktive Gewalt- freiheit?



pax christi will das Vertrauen in Gewaltfreiheit als Politikstil fördern

Für alle, die mehr darüber wissen wollen, gibt es jetzt diese neue Broschüre. Sie stellt dar, was unter aktiver Gewaltfreiheit zu verstehen ist, wie sie in der Praxis funktioniert und mit welchem Ziel sich Menschen gewaltfrei engagieren.

Lassen auch Sie sich von diesen Texten inspirieren!

Die Broschüre können Sie kostenfrei im pax christi-Sekretariat bestellen.



sekretariat@paxchristi.de

Spenden unterstützen pax christi

pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Pax-Bank eG

IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10
BIC GENODE33PAX

Verwendungszweck: Frieden spenden